



# MEIN BRIEF AUS BERLIN

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 31  
18. Wahlperiode  
27. März 2015

## DER BRIEF AN MINISTERIN SCHWESIG

Liebe Leserinnen und Leser!

Die in Frankfurt gezeigte Gewaltbereitschaft gegen Polizei und Rettungskräfte war erschreckend. Die jüngsten Krawalle am Main haben gezeigt, welche Absicht wirklich hinter einem Teil von Blockupy steht: exzessive Zerstörungswut. Diese ungehemmte Form der Brutalität hat Menschen in ganz Deutschland schockiert. Eine Verharmlosung linker Gewalt ist deshalb inakzeptabel. Diese anti-demokratischen Kräfte müssen mit den Mitteln des Rechtsstaates in ihre Grenzen verwiesen werden.

Herzlichst Ihr

Frankfurt am Main wurde letzte Woche zu einem Schauplatz blinder Gewalt von anti-demokratischen Gruppierungen, die mit ungehemmter Brutalität und Zerstörungswut die Frankfurter Innenstadt verwüsteten. Unter dem Deckmantel des Demonstrationsrechtes wurden dabei Polizeifahrzeuge in Brand gesetzt, Polizeibeamte und Rettungskräfte verletzt und Privateigentum zerstört. Dieser kühl kalkulierte Gewaltexzess links-extremistischer Radikaler war für die Union im Bundestag Grund für eine außerordentliche Debatte. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist weder linke noch rechte Gewalt akzeptabel. Im Familienministerium gibt es Programme zur Gewaltprävention, für die ca. 40 Millionen Euro jährlich ausgegeben werden. In einem Brief an die Bundesfamilienministerin

Schwesig habe ich deshalb die Mittel abgefragt, die in die Verhinderung und Bekämpfung linksradikaler Gewalt fließen. Die Gewerkschaft der Polizei hat festgestellt: links-motivierte Gewalt wird oft verharmlost. Es ist in der Tat nicht nachvollziehbar, weshalb sich führende Bundes- und Landespolitiker der LINKEN nicht eindeutig von Gewaltexzessen gegen Menschen und Sachen distanzieren. Auch die Gewerkschaft der Polizei kann nicht verstehen, weshalb die Kultur der Verharmlosung im linken Lager so verbreitet ist und verlangt eine Distanzierung linker Politiker. Unser Bundesinnenminister de Maiziére hat die Menschenverachtung dieser linken Gewalttäter auf den Punkt gebracht: „Wenn Sie ein Auto anzünden, in dem zwei Polizisten sitzen, da reden wir nicht mehr über Widerstand gegen Vollstreckungs-

beamte und Wutbürger. Das ist möglicherweise versuchter Totschlag, wo man den Tod von Polizisten billigend in Kauf nimmt.“ Wie unangebracht eine Verharmlosung der Blockupy-Bewegung ist, wird auch ersichtlich, indem die Zusammensetzung untersucht wird. Neben zahlreichen Antifa-Gruppen, der Antifaschistischen Linken, Attac, I Furiosi, der Linksjugend NRW verbirgt sich hinter Blockupy vor allem die sogenannte Interventionistische Linke, die seit Jahren unter Beobachtung des Verfassungsschutzes steht und die Zusammenführung extremistischer Akteure zur Durchsetzung militanter Aktionsformen fördert. Eine demokratische Gesellschaft darf solche Gewaltausbrüche nicht hinnehmen. Sie sind kein legitimes Mittel des politischen Diskurses.

## WIRTSCHAFT ZUNKUNFTSFÄHIG GESTALTEN

Diese Woche fand der Auftakt zu einer Reihe von Wirtschaftsforen der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag statt. Neben TTIP oder dem Breitbandausbau setzt sich diese Veranstaltungsreihe insbesondere mit den Herausforderungen aus der sogenannten *Wirtschaft 4.0* auseinander.

Wir stehen in Deutschland wirtschaftspolitisch vor wichtigen Weichenstellungen. Zentrale Fragen, die Experten aus Politik und Wirtschaft gegenwärtig bewegen, drehen sich unter

anderem um die Zukunft Deutschlands als Wirtschaftsstandort, den Erhalt mittelständischer Strukturen und die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Im Rahmen der ersten Veranstaltung wurde über die Zukunft der individuellen Mobilität durch die *Automatisierung des Fahrens* im Rahmen der *Digitalen Straße* diskutiert. Gerade für die Bundesrepublik ist dieser Themenkomplex von sehr hoher wirtschaftspolitischer Bedeutung, da Deutschland ein großer Automobilstandort ist und den digita-

len Wandel der Automobilbranche prägend mitgestaltet. Auch bei der Produktion des Autos von morgen kann man nicht lediglich Fragen der Vernetzung und der Automatisierung besprechen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Klärung rechtlicher Aspekte (z.B. bei der automatisierten Fahrzeugführung), die Anpassung des Datenschutzes, der Ausbau der digitalen Infrastruktur und eine Einigung auf die industriepolitische Ausrichtung der kommenden Jahre.

## DIE PKW-MAUT IST DA!

Diese Woche hat der Bundestag die Pkw-Maut beschlossen. Jeder Autofahrer, der auf deutschen Fernstraßen unterwegs ist, muss künftig dafür zahlen. Auch Halter ausländischer Fahrzeuge beteiligen sich ab sofort an den Kosten der Instandhaltung der deutschen Infrastruktur. Mit der Pkw-

Maut beginnt in Deutschland die nutzerorientierte Infrastrukturfinanzierung. Die genauen Kosten der Vignette richten sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit des jeweiligen Fahrzeugs. Wir konnten durchsetzen, dass für Halter deutscher Fahrzeuge keine Mehrbelastung ent-

steht. Die Mautabgabe wird über die Kfz-Steuer ausgeglichen. Sie ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur in Deutschland und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.

## MEINE MEINUNG IN DER PRESSE

Der Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Tsipras und die finanzielle Lage in Griechenland waren die gefragtesten politischen Themen dieser Woche. Meine Position hierbei bleibt klar: Statt mit unrechtmäßigen Reparations-

forderungen Nebelkerzen zu schmeißen, muss die griechische Regierung den politischen Sprüchen endlich Taten folgen lassen. Sie muss auch endlich einsehen, dass nicht Europa oder Deutschland an der finanziellen Misere in Grie-

chenland schuld sind, sondern jahrzehntelange Misswirtschaft vor Ort. Den kompletten Mitschnitt eines Interviews im Radio finden Sie im Internet auf der Website des [Deutschlandfunks](#).



Thorben Wengert / pixelio.de

### TERMINAUSWAHL

**29.03.-31.03.2015**

Fraktionsreise nach Ungarn;  
*Budapest*

**13.04.2015**

Teilnahme am Bahlsen-  
Abend;  
*Hannover*

**15.04.2015**

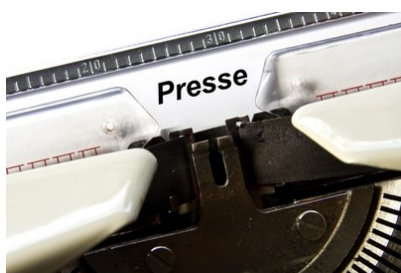
Infoveranstaltung Y-Trasse  
gemeinsam mit Landrat Rai-  
ner Rempe;  
*Winsen*

**16./17.04.2015**

Gemeinsame Geschäftsführer-  
Vorstand Klausur mit der  
SPD;  
*Göttingen*

**25.03.2015**

Klausurtagung der Landes-  
gruppe Niedersachsen;  
*Berlin*



Thorben Wengert / pixelio.de